

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in dieser Woche hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Initiative gestartet, um die Zahl der Abgeordneten nach der nächsten Bundestagswahl am 24. September 2017 auf 630 zu begrenzen. Die Zeit drängt! Die übrigen Parteien müssen jetzt endlich Farbe bekennen, ob sie mit der Union zusammen eine übermäßige Aufblähung des Bundestags verhindern oder weiterhin wohlfeile Sonntagsreden halten wollen.

Das geltende Bundestagswahlrecht sieht 598 Bundestagsmitglieder vor. Diese setzen sich je zur Hälfte aus den direkt gewählten Wahlkreis-Abgeordneten und den über die Landeslisten gewählten Abgeordneten zusammen. Hinzu kommen allerdings noch Überhang- und Ausgleichsmandate. Sie sollen sicherstellen, dass zum einen alle direkt gewählten Abgeordneten ihre Mandate behalten können, zum anderen aber nach einem komplexen Ausgleichsmechanismus das bundesweite Parteienverhältnis vollständig erhalten bleibt. Legt man aktuelle Umfragen mit dann bis zu sechs Fraktionen im Bundestag zu Grunde, könnte der geltende Ausgleichsmechanismus den nächsten Bundestag auf bis zu 700 Mitglieder anwachsen lassen. Dies widerspricht klar der Grundentscheidung des Gesetzgebers für eine Abgeordnetenzahl von knapp 600 Mitgliedern. Zudem förderte es nicht gerade die Arbeitsfähigkeit unseres Parlaments. Schließlich würden auch die Kosten erheblich ansteigen.

Unsere Demokratie lebt von der Arbeitsfähigkeit unserer Institutionen und von dem Vertrauen in ihre Fähigkeit, die Probleme in diesem Land zu lösen. Ich appelliere an die anderen Parteien, ihrer Verantwortung im Sinne unserer Demokratie gerecht zu werden!



Dr. Peter Ramsauer MdB



Kommentar

Deutsche Wirtschaft weiter im Aufwind [> S. 2](#)



Auslandseinsätze der Bundeswehr

Engagement in Mali und im Nordirak fortführen [> S. 3](#)



Rundgang Grüne Woche 2017

„Deutlich wird, wie zukunftsorientiert die Branche ist“ [> S. 5](#)

Weitere Themen

Interview

Schmidt: Landwirtschaft gehört in die Mitte der Gesellschaft [> S. 6](#)

Gedenken an die NS-Opfer

„Sich erinnern ist wichtig, damit dies nie wieder passiert“ [> S. 8](#)

Kommentar

Mehr Schutz für Bürger und Sicherheitskräfte [> S. 10](#)

Verschiedenes

Termin der Woche [> S. 11](#)

Folgen Sie uns:



Kommentar

Deutsche Wirtschaft weiter im Aufwind



© picture alliance / Andreas Gebert / dpa

Die deutsche Wirtschaft startet schwungvoll ins neue Jahr. Die Bundesregierung erwartet in ihrer Jahresprojektion für 2017 ein solides Wachstum. Der Arbeitsmarkt ist weiter in Rekordlaune. Das bilanziert der Jahreswirtschaftsbericht, der am Donnerstag im Bundestag debattiert wurde. Karl Holmeier, wirtschaftspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, stellt in seinem Kommentar klar: „Auch für die Zukunft kommt es darauf an, dass wir unsere Wirtschaft weiter in der Erfolgsspur halten.“

VON KARL HOLMEIER



© Henning Schacht

Die solide Wirtschaftspolitik der CSU-Landesgruppe trägt Früchte: Wie der jüngst vom Bundeskabinett verabschiedete Jahreswirtschaftsbericht 2017 feststellt, hält das Wirtschaftswachstum in Deutschland an. Nach den Steigerungen in den vergangenen Jahren erwarten wir für das Jahr 2017 einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,4 Prozent. Die deutsche Wirtschaft und der Arbeitsmarkt sind stark. Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung und die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt und die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erreichten in 2016 erneut einen Höchststand. Dabei steht Bayern ganz weit oben an der Spitze.

Wir haben in den vergangenen Jahren vieles getan, um die Weichen für eine gute wirtschaftliche Entwicklung zu stellen. Neben dem erfolgreichen Konsolidierungskurs bei den öffentlichen Haushalten haben wir auch unsere Unternehmen von überflüssiger Bürokratie befreit. Das zahlt sich jetzt aus. Über das Erreichte können wir uns freuen, wir dürfen uns aber nicht darauf ausruhen.

Für die Zukunft kommt es darauf an, dass wir unsere Wirtschaft weiter in der Erfolgsspur halten. Eines ist klar: Umverteilungsmaßnahmen, wie die Linkspartei sie vorschlägt, sind kontraproduktiv. Vielmehr müssen wir die Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen setzen. Daran wollen wir als CSU auch in der nächsten Legislaturperiode arbeiten.

Auslandseinsätze der Bundeswehr

Engagement in Mali und im Nordirak fortführen



© picture alliance/dpa

Der Auslandseinsatz in Mali gilt als der gefährlichste der Bundeswehr und ist gleichzeitig künftig einer der größten. Am Donnerstag billigten die Abgeordneten in namentlicher Abstimmung seine Fortsetzung und Erweiterung. Ebenfalls verlängert wurde der Einsatz der Bundeswehr im Nordirak.

Mali geriet vor fünf Jahren nach einem Putsch und Aufstand bewaffneter Gruppen in eine schwere Krise. Trotz eines Friedensabkommens kommt es immer wieder zu Kämpfen und Anschlägen, so zuletzt in der vergangenen Woche. Die Bundeswehr unterstützt sowohl die Ausbildungsmission EUTM der Europäischen Union als auch die UN-Mission MINUSMA. Zentrales Ziel dieser Mission im Norden des westafrikanischen Staats bleibt es, die Einhaltung der Waffenruhe und vertrauensbildenden Maßnahmen in der Bevölkerung zu unterstützen. „Ohne MINUSMA wäre die Regierung nicht in der Lage, ihre Bevölkerung vor Terroranschlägen zu schützen“, formulierte es Reinhard Brandl (CSU) in seiner Rede im Bundestag. Der Einsatz wirke damit auch unmittelbar auf die Lage im Sahel-Raum und in Libyen und stabilisiere die Region.

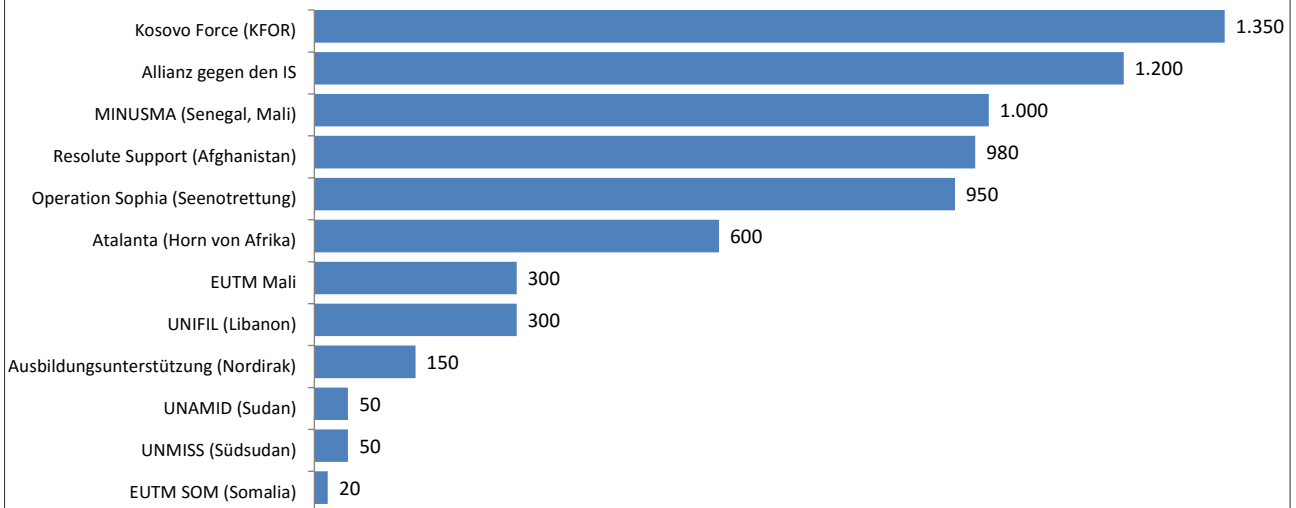
Stabilisierung der Region wichtig

Der deutsche Beitrag an MINUSMA wird dabei weiter vor allem aus Führungsaufgaben, Sicherung und Schutz, sanitätsdienstlicher Versorgung sowie Lufttransport und Luftbetankung bestehen. Ganz wichtig sei das Engagement der Bundeswehr bei der Aufklärung, so Brandl. Ihr komme angesichts der Größe des Einsatzraumes eine hohe Bedeutung zu. Zusätzlich stellt Deutschland bis Mitte 2018 Kampf- und Transporthubschrauber zum Verwundetentransport bereit, um abziehende niederländische Kräfte zu ersetzen. Vor diesem Hintergrund wurde das Mandat um ein Jahr verlängert und die bisherige Obergrenze von 650 Soldaten deutlich auf bis zu 1.000 Soldaten erhöht.

[> weiterlesen](#)

Die Bundeswehr im internationalen Einsatz

Die Grafik zeigt Einsätze der Bundeswehr im Ausland mit ihren jeweiligen Mandatsobergrenzen (maximal dort einsetzbare Anzahl an Soldatinnen und Soldaten)



Quelle: Bundeswehr (Stand: Januar 2017)

Kurdistan-Irak: Bereits über 12.000 Sicherheitskräfte ausgebildet

Ebenfalls um ein Jahr verlängert wurde der Einsatz der Bundeswehr in der Region Kurdistan-Irak. Die Sicherheitslage im nördlichen Irak ist nach wie vor instabil. Die Gefährdungslage durch die Terroristen des IS besteht trotz Erfolgen der kurdischen Peschmerga weiter. Deutschland trägt durch die verbesserte Ausbildung der Kurden und weiterer irakischer Kräfte aktiv zur Stabilisierung der Region und der Bekämpfung des internationalen Terrorismus bei. Seit Beginn des Mandats wurden – gemeinsam mit den europäischen Partnern - bereits über 12.000 Sicherheitskräfte ausgebildet. Der weitere Vormarsch des IS konnte gestoppt werden. „Wir lassen die Menschen im Irak nicht allein, weder diplomatisch, noch entwicklungspolitisch oder militärisch,“ begründete Julia Obermeier (CSU) in ihrer Rede das Engagement Deutschlands. Durch ein „Die-Hände-in-den-Schoß-Legen“ und Nichtstun hätte man ansonsten Frauen und Kinder schutzlos den Schlächtern des IS überlassen.

Rundgang Grüne Woche 2017

„Deutlich wird, wie zukunftsorientiert die Branche ist“



© CSU-Landesgruppe

Bei ihrem Rundgang auf der Grünen Woche in Berlin, der weltweit wichtigsten Messe für Land- und Ernährungswirtschaft sowie Gartenbau, unterstrich die CSU-Landesgruppe einmal mehr ihre Rolle als verlässlicher Partner für die Landwirtschaft.

„Auf der Grünen Woche wird abermals deutlich, wie zukunftsorientiert die Branche ist“, fasste Gerda Hasselfeldt, Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, ihre Eindrücke zusammen. „Die hier aufgezeigten Chancen sollten intensiv genutzt werden.“ Begleitet wurde Hasselfeldt vom Parlamentarischen Geschäftsführer Max Straubinger und den Abgeordneten Artur Auernhammer, Alois Rainer, Andrea Lindholz und Anja Weisgerber.

Nötig sei eine praxistaugliche und den Strukturwandel abfedernde Landwirtschaftspolitik, die den gesellschaftlichen Anforderungen gerecht wird, waren sich die CSU-Politiker einig. Dabei müsse eine Überforderung der Betriebe durch viel zu weit gehende Auflagen unbedingt verhindert werden. „Wenn wir all die Maßnahmen, die derzeit von der Opposition oder manchen Nichtregierungsorganisationen gefordert werden, umsetzen würden, dann hätte das fatale Auswirkungen gerade für die kleinen und mittleren Betriebe. Mit der CSU ist das nicht zu machen,“ versicherte Hasselfeldt. Die Landesgruppenvorsitzende versprach: „Wir werden uns weiterhin für die Wettbewerbsfähigkeit der bäuerlichen Familienbetriebe einsetzen.“

Neben der Bayernhalle besuchten die CSU-Politiker den Erlebnisbauernhof, den Stand des Bundesentwicklungsministeriums und die Halle des Bundeslandwirtschaftsministeriums. Ebenfalls auf dem Programm standen die Blumenhalle sowie die nature.tec-Ausstellung mit ihrem Schwerpunkt Nachwachsende Rohstoffe. Die CSU-Politiker führten unter anderem Gespräche mit Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt, Bundesentwicklungsminister Gerd Müller und dem Präsidenten des Bayerischen Bauernverbands, Walter Heidl.

Auch auf Initiative der CSU-Landesgruppe konnte im vergangenen Jahr ein umfangreiches Hilfspaket in Höhe von 581 Millionen für die Landwirte geschnürt werden. Insbesondere die Milchviehhalter profitieren davon. Neben Zuschüssen für die Landwirtschaftliche Unfallversicherung erhalten die Landwirte Unterstützung durch Liquiditätshilfeprogramme sowie eine steuerliche Tarifglättung.

Interview

Schmidt: Landwirtschaft gehört in die Mitte der Gesellschaft



© CSU-Landesgruppe

"Landwirtschaft ist nichts Randständiges." Sie gehöre in die Mitte der Gesellschaft, so Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt im Interview. Er ergänzt: Man müsse vermeiden, dass ländliche Räume sich abgehängt fühlen. Deshalb sollten die Chancen, die sich beispielsweise durch Digitalisierung bieten, genutzt werden.

Herr Minister, wir sind hier auf der Grünen Woche in der Halle des Bundeslandwirtschaftsministeriums. Wie erleben Sie denn die Stimmung unter den Landwirten?

Ich erlebe sehr selbstbewusste und sehr zielorientierte Landwirte, die bereit sind, über die Gesellschaft und mit der Gesellschaft zu reden; Bauern, die den Anspruch haben, in der Mitte der Gesellschaft zu stehen, und das freut mich, das ist nämlich auch das Motto, das wir unserer Halle gegeben haben. Hier muss klar werden, Landwirtschaft ist nichts Randständiges, sondern gehört in die Mitte der Gesellschaft.

Wie Sie es gerade gesagt haben, wollen Sie die ländlichen Räume in den Mittelpunkt der Gesellschaft stellen. Was bedeutet das konkret und wie sehen Sie die Zukunft der ländlichen Räume?

Wir müssen vermeiden, dass sich ländliche Räume abgehängt fühlen, dass die Menschen dort sagen, um uns kümmert sich keiner, wir haben ewig lange Strecken zu fahren, wir haben keine Schulen, wir haben keine Krankenhäuser. Das ist in Deutschland Gott sei Dank noch nicht der Fall, aber wir müssen hart daran arbeiten, demografische Veränderungen aufzugreifen und die Chancen der ländlichen Räume zu nutzen – beispielsweise durch Digitalisierung.

Landwirtschaft – so sagt man gemeinhin – ist auch die Wirtschaftspolitik des ländlichen Raumes. Was unternimmt die Politik, um die Branche zu stärken?

Wir haben mehrere Instrumente und ich freue mich, dass ich in der Krisenzeit im letzten Jahr mit über einer halben Milliarde Euro – gerade im Milchbereich – helfen konnte. Wir unterstützen strukturell über die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur – insgesamt mit den Ländermitteln über eine Milliarde Euro. Und jetzt ist es wichtig, dass wir auf der europäischen Ebene die neue gemeinsame Agrarpolitik so schneiden, dass sie auch weiterhin Einkommensstabilisierung für die Landwirtschaft bedeutet. Das wird die Herausforderung, der sich die CSU stellt.



Gedenken an die NS-Opfer

„Sich zu erinnern ist wichtig, damit dies nie wieder passiert“



© CSU-Landesgruppe

Gedenkstunde im Bundestag: Am Freitag hat der Deutsche Bundestag an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert. Im Mittelpunkt stand diesmal das Thema Euthanasie. Zuvor besuchten 80 Jugendliche im Rahmen der Jugendbegegnung des Deutschen Bundestages die Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein. Hier wurden tausende Menschen mit Behinderung von den Nationalsozialisten getötet. Wir sprachen mit zwei Jugendlichen, Hannah (18) und Franzi (19), über ihre Auseinandersetzung mit dem dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte.

Hannah und Franzi, Ihr seid mit 80 Jugendlichen in der Gedenkstätte in Pirna-Sonnenstein gewesen. Was habt Ihr dort erfahren?

Hannah: Wir haben viel darüber erfahren, wie in der Zeit des Nationalsozialismus mit Menschen mit Behinderung umgegangen wurde. In den Jahren 1940/41 ermordeten die Nationalsozialisten in der Heil- und Pflegeanstalt rund 14.000 vorwiegend psychisch kranke und geistig behinderte Menschen. Während unserer Jugendbegegnung haben wir uns den Ort des schrecklichen Verbrechens direkt angeschaut – die ehemaligen Gebäude gesehen, die für die Tötung benutzt wurden, die Gaskammer, den Leichenraum und das Krematorium. Wir haben viel über die Geschichte gelernt.

Was hat Euch während des Besuchs in der Gedenkstätte am meisten bewegt?

Franzi: Die Gedenkstätte befindet sich oberhalb von Pirna auf dem Sonnenstein. Die Stadt liegt etwas unterhalb. Es hat also jeder mitbekommen, und keiner hat etwas gemacht, keiner hat Widerstand geleistet. Das spricht eigentlich für die gesamte Zeit des Nationalsozialismus, dass sich die Bevölkerung zu großen Teilen leider nicht widersetzt hat. Man hat als Mensch eine Verantwortung, auch andere Menschen zu achten.

Hannah: Ich finde ganz wichtig, sich dann auch mit Biografien auseinanderzusetzen und Geschichten zu hören von Leuten, die es getroffen hat. So wird klar, wie viele Menschen es betroffen hat und das aus Gründen, die wir überhaupt nicht mehr nachvollziehen können. Es ist bedrückend, von Kindern zu erfahren, die dort sterben mussten.

[> weiterlesen](#)

Ihr engagiert Euch auch aktiv gegen Antisemitismus in der Gedenkstätte in Dachau. Was macht Ihr dort genau?

Hannah: Ich mache ein freiwilliges soziales Jahr in einer Verbindungseinrichtung. Wir besuchen dort mit Schülerinnen und Schülern die Gedenkstätte und versuchen, so einen Dialog zu starten – darüber, wie dies passieren konnte. Mir ist durch diese Arbeit klar geworden, wie wichtig und relevant es ist, sich mit der Geschichte genauer zu beschäftigen und daraus zu lernen.

Franzi: Ich mache das freiwillige soziale Jahr direkt in der Gedenkstätte in Dachau und meine Aufgabe besteht vor allem darin, Rundgänge zu organisieren und sich wissenschaftlich mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Warum findet Ihr es wichtig, sich heute noch intensiv mit der Zeit des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen, zum Beispiel bei der Gedenkstunde im Deutschen Bundestag?

Franzi: Natürlich ist das ein Kapitel der deutschen Geschichte, das man am liebsten vergessen würde. Aber das ist genau der Punkt: Wenn man es vergisst, besteht die Gefahr, dass es wieder passiert. Sich daran zu erinnern ist wichtig, damit so etwas nie wieder geschieht.

Hannah: Gerade bei dem Thema Euthanasie war es so, dass es lange kein Thema war, und gerade deshalb finde ich es wichtig, aktiv ein Zeichen zu setzen und zu sagen, das wollen wir nicht vergessen.

Kommentar

Mehr Schutz für Bürger und Sicherheitskräfte



© picture alliance/dpa

In dieser Woche wurden im Deutschen Bundestag zwei Gesetzesentwürfe in erster Lesung beraten, die zur Erhöhung der Sicherheit der Bürger beitragen werden. Michael Frieser, innenpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, erklärt in seinem Kommentar, warum mehr Videoüberwachung und mehr Befugnisse für die Bundespolizei wichtig sind.

VON MICHAEL FRIESER

Der Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Berlin sowie die bekanntgewordenen Taten in U-Bahnhöfen haben einmal mehr verdeutlicht, dass Videoüberwachung für die Strafverfolgung entscheidend sein kann. Es darf nicht sein, dass unsere Sicherheitsbehörden auf zufällig vorhandene private Aufnahmen zur Aufklärung von Straftaten angewiesen sind. Zudem dient Videoüberwachung auch der Abschreckung von potentiellen Tätern. Mit dem Videoüberwachungsverbesserungsgesetz haben wir einen Vorschlag unseres Bundesinnenministers beraten, der den Einsatz dieser Technik an öffentlich zugänglichen Anlagen wie Einkaufszentren und Sportstätten für die Betreiber solcher Anlagen erleichtert. Die Regelung wurde vom Bundesinnenminister bereits in seinem Maßnahmenkatalog vom 11. August 2016 – unter anderem in Reaktion auf den Amoklauf in einem Einkaufszentrum in München – vorgeschlagen.



© Thomas Lothar

Mit einem weiteren Gesetz soll die Fahndungsarbeit der Polizei durch automatische Kennzeichenlesegeräte erleichtert werden. Die Bundespolizei erhält dadurch eine wichtige Befugnis, um besser nach gesuchten Fahrzeugen und Insassen fahnden zu können. Die Fahndungsintensität kann dadurch insbesondere im Hinblick auf grenzüberschreitende Kriminalität erhöht werden. Mit dem Einsatz von sogenannten Bodycams soll die Gewalt gegen Polizeibeamte eingedämmt werden, gleichzeitig wird dadurch die Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten erleichtert.

Termin der Woche

50 Jahre Hanns-Seidel-Stiftung



Gerda Hasselfeldt (l.) mit Journalist Jan Fleischhauer (m.) und HSS-Vorsitzender Ursula Männle (r.)

„50 Jahre Hanns-Seidel-Stiftung, das sind 50 Jahre politische Arbeit auf dem festen Wertefundament des christlichen Menschenbildes“, erklärte die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt in Berlin. Das Hauptstadtbüro der Hanns-Seidel-Stiftung hatte anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Stiftung zu einem Neujahrsempfang geladen.

Hasselfeldt betonte: „Wir leben in der stabilsten Demokratie unserer Geschichte, das muss aber immer wieder erarbeitet werden. Demokratie lebt mit und von den Menschen.“ Die gemeinsame Aufgabe von Politikern wie auch politischen Stiftungen sei es, den politischen Diskurs, die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner deutlich, aber fair zu gestalten. Vergangenen Freitag wurde das Jubiläum bereits in München mit einem Festakt in Anwesenheit des Bundespräsidenten gefeiert.

* * * * *

Folgen Sie uns auf Twitter

Neueste Informationen, aktuelle Grafiken, Statements von unseren Abgeordneten - all das finden Sie auf unserem Twitter-Kanal [csu_bt](https://twitter.com/csu_bt).

Happy Birthday, #Erasmus 🇺🇹! Das europäische Austauschprogramm wird 30. Wir gratulieren und wünschen für die Zukunft alles Gute! #Erasmus30

Folgen Sie uns und bleiben Sie auf dem Laufenden über die CSU-Landesgruppe in Berlin.

Wir wünschen weiterhin viele tolle Erlebnisse und einen guten Austausch in und über Europa.
#Erasmus30



Impressum

Herausgeber:
Max Straubinger MdB
CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
11011 Berlin · Platz der Republik 1
Telefon: (030) 227 - 70212
internet: www.csu-landesgruppe.de
Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns
E-Mail: bab@cducsu.de
Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Henning Schacht

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

